



**PRO BAHN**  
Ihr Fahrgastverband



**VCD**  
Verkehrsclub  
Deutschland



Verbände fordern Stabsstelle Umweltverbund

## Münchener Nahverkehrssystem am Wendepunkt

Aus Sicht der Münchner Kreisgruppen des Bund Naturschutz (BN), des Fahrgastverbandes PRO BAHN und des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) sowie des Arbeitskreises Attraktiver Nahverkehr im Münchner Forum war die abgelaufene Legislaturperiode enttäuschend. Es herrschte absoluter Stillstand im Verkehrsbereich. Politische Verantwortung für den Öffentlichen Personennahverkehr wurde nicht gelebt. Die letztlich erfolglose Diskussion beschränkte sich auf das Projekt 2. Stammstrecke. Projekte auf Münchner Ebene, also bei U-Bahn und Tram, wurden nicht ernsthaft angegangen. München kann sich ein „weiter so“ aber nicht leisten. Der weiterhin starke Zuzug in die Region fordert planvolles und zielgerichtetes Handeln. Die Stadt München muss sich der Herausforderung bewusst werden die gleichzeitiger Erhalt der bestehenden und Ausbau mit neuer Infrastruktur bringen. In der nächsten Legislaturperiode entscheidet sich, ob das erfolgreiche Münchner Nahverkehrssystem weiter besteht, besser wird oder ob die Politik es gegen die Wand fahren lässt.

Um die Zukunftsaufgaben adäquat meistern zu können, benötigt München von Beginn der neuen Legislaturperiode an einen starken und aktiven Antreiber, der die Stadt insgesamt voranbringt und koordiniert. Dazu eignet sich nach Auffassung der Verbände am besten eine Stabsstelle Umweltverbund im Büro des Oberbürgermeisters. Diese muss für ein koordiniertes und zügiges Vorgehen bei der Planung der Projekte sorgen, die Kompetenzen der einzelnen Referate abgrenzen und die Verwaltungsabläufe auf das notwendige Maß reduzieren.

Da die Stabsstelle referatsübergreifend zuständig sein wird, erfolgt die Besetzung und Kontrolle direkt durch den Stadtrat und nicht aus einem einzelnen Referat heraus. Ihr steht ein Projektbeirat aus Verbänden und Organisationen wie IHK, MVG, BEG, Münchner Forum, PRO BAHN, VCD, BN und Vertretern der Landkreise zur Seite. Hauptaugenmerk wird dabei sein, die städtischen Planungen im Verkehrsbereich mit deutlich höherer Qualität abzuwickeln.

Ziel der Stabsstelle muss sein, als Dienstleister für die Stadtpolitik qualifizierte Varianten verschiedener Projekte, mit deren Vor- und Nachteilen, vorzulegen und damit eine ernsthafte Diskussion auf der politischen Ebene zu ermöglichen. Als Beispiel dienen hier die von der MVG zur Trambahn-Westtangente durchgeführten Informationsveranstaltungen. Auf der Basis von detaillierten Untersuchungen und verschiedener Varianten wurden sehr offene und konstruktive Diskussionen um Vor- und Nachteile einzelner Lösungen geführt. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, muss die Stabsstelle Verkehr daher sowohl auf Daten der MVG als auch auf Daten und Ressourcen von Planungs-, Bau- und Kreisverwaltungsreferat zugreifen dürfen. Die politische Entscheidung, welches Projekt bzw. welche Variante eines Projekts realisiert wird, erfolgt durch den Stadtrat aufgrund qualifizierter öffentlicher Gutachten und nach Stellungnahme durch die Verbände.

Die erfolgreiche Realisierung von mindestens drei der unten aufgeführten Projekte betrachten wir hierbei als Mindestmaß für eine erfolgreiche Arbeit der Stabsstelle:

1. Entwicklung einer Hauptabteilung:  
Die Stabsstelle soll keine Dauereinrichtung werden, sondern – Erfolg vorausgesetzt - zu einem späteren Zeitpunkt als Hauptabteilung in einem Referat angesiedelt werden. Wichtig ist dabei, dass die im Rahmen der Stabsstelle erarbeiteten Kompetenzabgrenzungen und Verwaltungsvereinfachungen erhalten bleiben.
2. Erstellung eines Generalverkehrsplans:  
Anstatt immer nur einzelne, von allen anderen Projekten abgekoppelte Maßnahmen zu betrachten, muss eine systemhafte Überprüfung Einzug halten. Dazu erstellt die Stabsstelle einen Generalverkehrsplan, der viele denkbare Lösungen aufnimmt und diese nach Machbarkeit und Sinnhaftigkeit bewertet.
3. Inbetriebnahme Tram-Westtangente:  
Die beteiligten Verbände sehen gerade die Tram-Westtangente als negatives Beispiel für die letzte Legislaturperiode an. Das Projekt versackte in der Verwaltung und auch die Politik hat sich zu wenig darum bemüht. Eine Legislaturperiode ist aus Sicht der Verbände ausreichend, um ein Projekt dieser Größenordnung komplett von der Idee bis zur Realisierung umzusetzen.
4. Umweltverbundröhre Laim:  
Die Umweltverbundröhre Laim ist aus dem Paket 2. Stammstrecke herauszulösen und durch die MVG zu errichten. Der Zustand am Bahnhof Laim, die mangelnde Verknüpfung zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern und die Situation von Fußgängern und Fahrradfahrern zwingt hier zum Handeln. Bisher hat die Stadt die Verantwortung immer auf die Bahn abgeschoben und sich nicht ausreichend um die Interessen ihrer Bewohner gekümmert. Die Stadt ist hier in der Pflicht den Mitbürgern in den Quartieren rund um den Bahnhof Laim einen vernünftigen Zugang zum ÖV zu garantieren.
5. Regionalbahnhof Poccistraße:  
Auch hier hat es sich die Stadt in den letzten Jahren zu einfach gemacht und auf die Verantwortlichkeit von Land und Bahn AG verwiesen. Die Stadt hat aber auch dann die Interessen ihrer Bürger zu vertreten, wenn es kein städtisches Projekt ist.
6. Neugestaltung Vorplatz Hauptbahnhof:  
Im Interesse ihrer Bürger entwickelt die Stabsstelle Verkehr eine Planung für den Hauptbahnhofs-Vorplatz. Dieser orientiert sich an den Nutzern des Umweltverbundes, also Fußgänger, Radfahrern, Fahrgästen der Tram und Umsteigern zu U- und S-Bahn.

Die Dringlichkeit der Verkehrsprobleme erfordert ein rasches Vorgehen durch die Stadt. Die Verbände fordern den neuen Stadtrat auf, schnell zu handeln und die notwendigen Entscheidungen zu treffen, so dass die Stabsstelle Umweltverbund spätestens nach der Sommerpause ihre Arbeit aufnehmen kann.

Für Rückfragen:

Andreas Barth, Pro Bahn, [Andreas.Barth@muenchen.pro-bahn.de](mailto:Andreas.Barth@muenchen.pro-bahn.de)

Dominik Lypp, BN, [dominik.lypp@bn-muenchen.de](mailto:dominik.lypp@bn-muenchen.de)

Matthias Hintzen, AAN, [m.hintzen@edilonsedra.com](mailto:m.hintzen@edilonsedra.com)